

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Kollegen,  
am Mittwoch lief hier in Köln nichts. Verdi hatte den Tag zum Warnstreiktag erklärt. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, als in der ganzen Republik viel gewerkschaftlich organisierte Jugend massenhaft für ihre Forderungen auf den Straßen tanzte, war als Aufmacher der Kölnischen Rundschau zu lesen: DEUTSCHLANDS JUGEND IST ANGEPASST  
Das behauptet eine Sinus-Studie, die den Jugendlichen generelle Anpassungsbereitschaft und selbstverständliche Akzeptanz von Leistungsnormen und Sekundärtugenden bescheinigt. 72 (in Worten: zweiundsiebzig) Jugendliche waren mittels sogenannter Tiefeninterviews befragt worden. Solche Studien erinnern an die Marplan-Studie von 1967. Auch die hatte seinerzeit behauptet, die Jugend befürworte die Patriarchenrolle des Vaters in der Familie, akzeptiere die traditionellen Werte des Elternhauses, also Anpassung an materiellen Erfolg und ein Übermaß an Sicherheitsdenken. Wir erinnern uns indessen, daß sich damals, im Jahr 1968, die Jugend nicht an die Marplan-Studie gehalten hat.

Das war auch in dieser Woche so. Es ging um folgenden Jugendforderungen:

- 30 Tage Urlaub auch für Auszubildende
- kostenlose Ausbildungsmittel,
- Übernahme der Fahrtkosten,
- unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung im erlernten Beruf,
- Erhöhung der Entgelte um sechs Prozent,
- 100 Euro mehr Ausbildungsvergütung:

Diese Forderungen waren nach Auffassung der Arbeitgeber „überzogen, unverschämt, unbezahlbar“. Die Verdi-Jugend setzte einen drauf und markierte sich auf Fahnen und Transparenten als „dreist“, „gierig“, „umverschämt“, „besser unbequem“. Angepasst erscheint mir das nicht.

Aber in der Tat geht es um richtig verstandene Anpassung, nämlich um Anpassung der Lebensumstände an die drängendsten Bedürfnisse, der Löhne an die teure Realität und überhaupt des Niveaus politischer Aktionen an die Interessenlage.

100 000 hatten sich an den beeindruckenden Aktionen in dieser Woche beteiligt. Gestern kam es zu einer Einigung für die 2,14 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Bsirske ist stolz auf die Sicherung der betrieblichen Altersversorgung, auf eine neue Entgeltordnung für 1.088 Tätigkeiten und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter in zwei Schritten um insgesamt 4,75 Prozent – 2,4 Prozent ab 1. März 2016 und 2,35 Prozent ab 1. Februar 2017. Die Ausbildungsvergütungen werden um insgesamt 65 Euro erhöht – 35 Euro ab 1. März 2016 und 30 Euro ab 1. Februar 2017. Die Warnstreiks von 100 000 Beschäftigten kurz vor den Tarifverhandlungen hätten für eine Beschleunigung der Gespräche gesorgt und einen akzeptablen Kompromiss ermöglicht.

Gestern streikten auch die Arbeiter der Metall- und Elektroindustrie. In Köln insbesondere bei Ford. Drei Schichten verliehen den Forderungen ihrer Gewerkschaft von 5,5 % Nachdruck. 11 500 bei Ford, 100 000 insgesamt.

Das alles konnten wir heute in den Zeitungen entnehmen.

Mehr mediale Aufmerksamkeit genießt aber die AfD mit ihrem Parteitag in Stuttgart, wo diese islamfeindliche, rassistische, menschenfeindliche Rechtspartei ihr Programm beschließen will. Wir kennen die Sprache von Hartz IV: Die Arbeitslosen sollen einen stärkeren Anreiz zur Erwerbstätigkeit bekommen. Aber nicht etwa durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die AfD fordert stattdessen die Minderung von Löhnen. Solche Billiglöhne sollen nicht mehr auf die Grundsicherung angerechnet werden. Das ist nichts anderes als die Ausweitung von prekärer Beschäftigung.

Mit dem Programm der AfD werden wir uns auseinandersetzen müssen.

Gegenwärtig hat die AfD Zustimmungswerte von 14 %. Das muß zurückgedrängt werden. Breite

Bündnisse müssen verhindern, daß die AfD am 14. Mai 2017 in den Landtag einzieht. Ein weiterer Durchbruch der AfD wäre eine fatale Weichenstellung für Bundestagswahl im September, nur vier Monate später.

Deswegen begrüße ich einen Beschluss des PV unserer Partei vom vergangenen Wochenden. Die DKP hat ein Sofortprogramm aufgestellt:

„Gemeinsam kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum!  
Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft!

Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte!

In unserem Land wird Krieg nach innen geführt. Die Ergebnisse sind Armut und Umverteilung zu Gunsten der Reichen, der Konzerne und Banken. Die Waffen sind Arbeitslosigkeit, das Hartz-System, Leiharbeit, Werkverträge, Wohnungsknappheit, Verschuldung der Kommunen und Privatisierung. Wir brauchen den gemeinsamen Kampf für soziale Rechte und gegen die zerstörerische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit ist genug da. Wir brauchen mehr Beschäftigte in Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und im Gesundheitswesen und der Altenpflege. Schulen, Jugendzentren, Krankenhäuser und Wohnungen müssen instandgesetzt und neugebaut werden. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden.

Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Altersarmut und Arm trotz Arbeit – das muss aufhören! Wir fordern das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, einen Mindestlohn von sofort 12 Euro, die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengelds (ALG 1), die sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und die Abschaffung des Hartz-Systems. Immer mehr Menschen haben keine Arbeit oder werden in Minijobs und prekäre Beschäftigung gedrängt. Diejenigen, die noch im sogenannten Normalarbeitsverhältnis stehen, werden gezwungen immer länger zu arbeiten und häufen Überstunden ohne Ende an. Das Renteneintrittsalter wird hochgesetzt. Wir brauchen die Verkürzung der Lebens- und der allgemeinen Wochenarbeitszeit. Wir brauchen die Verkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dafür brauchen wir erfolgreiche Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, um damit eine Bewegung für die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche anzustoßen.“

Das ist noch nicht alles, aber solche Forderungen müssen zum Inhalt einer breiten Bewegung werden: gegen Sozialabbau, für die Sicherung sozialer Grund- und Menschenrechte. Das ist längst fällig und geboten angesichts der gegenwärtigen Lage. Und nur so ist die AfD zu stoppen!

Klaus Stein, 30. April 2016